

Was ist von den Veräußerungen
der
Kloster- und Stifts-Güter
im Hildesheimischen

welche unter Westphälischer Regierung verfügt worden
zu halten?

Aus rechtlichem und politischem Gesichtspunkte
erörtert

von

Johann Georg Reinwald.

Braunschweig 1816

gedruckt

bei Friedrich Vieweg.



RECHENUNGSABTEILUNG
BRAUNSCHWEIG

Das Bisthum Hildesheim war durch den Reichs-Deputations-Recess vom 25. Febr. 1803, nachdem zu Campo-Formio, auf dem Congresse zu Rastadt, und bei dem Friedensschlusse zu Luneville die Ueberlassung der Länder auf der linken Rheinseite an Frankreich, und die Entschädigung durch Sekularisationen, als Basis, festgesetzt war, dem Königreiche Preußen definitiv zu Theil geworden. Die Occupation des Landes eilte dem Abschlusse des Recesses über ein halbes Jahr vor, auch verschwand mit ihr die Benennung Bisthum, indem das Hildesheimische Land von dem Zeitpunkte an ein Fürstenthum hieß. Nach der unglückseligen Schlacht bei Jena kam für das Fürstenthum ein Monate währender Zustand, in welchem gar keine höchste Staatsgewalt Statt fand, und nach dem Eintritte der militärischen Occupation war die Stellung des Landes unter einen französischen Gouverneur ein Loos, das die Sehnsucht der Ein-

wohner nach gesetzlicher Ordnung, nach Sicherheit und Ruhe auf das Höchste trieb. Der Tilfiter Friede, geschlossen den 9. Juli 1807, entschied auch über das Schicksal des Fürstenthums Hildesheim, doch erst am 7. Dec. desselben Jahres ward eine provisorische Regierung des aus dem Frieden hervorgehenden Königreichs Westphalen, wovon das Fürstenthum einen gesetzlichen Theil ausmachte. Das Fürstenthum, als solches, war verschwunden.

Eine, mit Zuziehung von Abgeordneten aus den Provinzen entworfene Constitution, ward publicirt, die Rechte und Verbindlichkeiten der Unterthanen in einem lazen Umriss bestimmt, und ein gesetzlicher Zustand herbeigeführt.

Das neue Königreich krankte von seiner Gründung bis zur Auflösung an einem unheilbaren Uebel, welches Finanznoth hieß. Das Hildesheimische, mit seinen von Preußen unsecularisirt gebliebenen Stiftern und Nonnenklöstern, mußte ein vorzügliches Augenmerk der Regierung werden. Der bei weiten größte Theil des geistlichen Guts wurde veräußert, und auch der Rest wurde verkauft worden sein, wenn nicht durch die Leipziger Schlacht das Königreich selbst und sein Verband aufgelöst und die alten Provinzen hergestellt worden wären. Das Hildesheimische wurde in Folge der Resultate der Völker-Schlacht, und in Folge eines Tractats mit Preußen, von Hannover

provisorisch occupirt. *) Am Schlusse des Monats September des Jahres 1815 erregte nur nachstehende Deklaration des Prinz-Regenten bei den Bewohnern des Landes eine große Sensation:

„Obwohl Wir berechtigt wären, alle von der
 „westphälischen Regierung im Hildesheimischen
 „verfügten Ablösungen von Zehnten, Diensten
 „und Grundabgaben, welche in Unsere Domai-
 „nen oder zu den Gütern der aufgehobenen
 „Älöster und Stifter gehört haben, so wie auch
 „die Verkäufe von ganzen Gütern, Parzellen und
 „Pertinenzien, welche aus Domainen, oder aus
 „dem Vermögen der aufgehobenen Stifter und
 „Älöster herrühren, als willkührliche Disposi-
 „tionen über die Substanz des Staatsvermö-
 „gens, zu welchen, selbst nach den damals be-
 „standenen Gesetzen, die Regierung nicht hin-
 „reichend autorisirt gewesen, als unverbindlich
 „für Uns anzusehen und wiederum aufzuheben:
 „so wollen Wir Uns doch dieses Rechts nur in
 „dem Maasse bedienen, daß, da in vielen Fällen
 „die Ablösung solcher Zehnten, Dienste und

*) Bis heute ist die Wiener Congress-Acte nicht publicirt. Die Besitzergreifung des Fürstenthums von Seiten Hannovers muß daher auch heute noch, nach bekannten Grundsätzen, provisorisch genannt werden, obgleich seit länger als einem halben Jahre, außer der Huldigungs-Acte, nichts mehr an einer wirklich landesherrlichen Zueignung fehlt.

„Grundabgaben, und die Verkäufe von ganzen
 „Gütern, Parzellen und Pertinenzien von Gütern
 „dieser Art, sogar mit Hintansetzung der da-
 „mals vorgeschriebenen Förmlichkeiten und Be-
 „dingungen, zum Theil auch zum größten Nach-
 „theile des gemeinen Wesens, und zur Beför-
 „derung besonderer, demselben schädlicher Zwecke,
 „vorgenommen worden, auch in vielen Fällen die
 „dafür der westphälischen Regierung und Cassen
 „entrichteten Kaufpreise dem Werthe der Ge-
 „genstände gar nicht angemessen gewesen, Wir
 „Uns die Untersuchung und Behandlung dieser
 „Sache mit jedem einzelnen Käufer hiemit aus-
 „drücklich dergestalt vorbehalten, daß, nach dem
 „Befinden der Umstände, die Reluition solcher
 „Güter, Parzellen und Pertinenzien, die zu Do-
 „manial-Gut oder zu dem Vermögen aufgeho-
 „bener Stifter und Klöster gehört haben, gegen
 „Erstattung des erweislich darauf von dem Ac-
 „quirenten aus dessen Vermögen bezahlten Kauf-
 „preises, von Uns ausgeübt werden solle;

„Wir erklären jedoch zu Gunsten aller dabei
 „interessirten Personen, daß die von Uns inten-
 „dirte Reluition solcher Güter, Parzellen und
 „Pertinenzien, die zu Domanial-Gut oder zu
 „dem Vermögen aufgehobener Stifter und Klö-
 „ster gehört haben, vor Ablauf eines Jahres,
 „nach der Publication der gegenwärtigen Re-
 „solution, dem Besitzer derselben von uns inti-

„mirt werden solle, wohingegen jede Verkaufs-
 „oder Ablösungshandlung von Gütern, Parzellen
 „und Pertinenzien, die zum Domanial-Gut ge-
 „hört haben, oder aus dem Vermögen aufge-
 „hobener Stifter und Klöster herrühren, sofern
 „deren Erwerbbern und Inhabern nicht vor Ab-
 „lauf obgedachter Zeit eine Intimation insinuiert
 „worden, daß Unsere Absicht auf Reluition ge-
 „richtet ist, als von Uns anerkannt und bestä-
 „tigt angesehen werden, auch dem sonst recht-
 „mäßigen Besitzer nachgelassen sein soll, durch
 „eine von ihm nachzufuchende und in Unserm
 „Namen auszustellende ausdrückliche Bestäti-
 „gungs-Urkunde der von ihm oder seinem Vor-
 „gänger vollzogenen Verkaufs- oder Ablösungs-
 „Handlung, sich auch in Ansehung eines jeden
 „Dritten als rechtmäßigen Besitzer erforderlichen
 „Falls zu legitimiren.“

Carlton-House, den 25. August 1815.

Georg, P. R.

Auf den Grund vorstehender Deklaration ward
 vom königlichen Cabinets-Ministerium ein Com-
 missär nach Hildesheim gesandt, welcher die In-
 haber der von westphälischer Regierung veräußer-
 ten Domainen und vormalß geistlichen Güter (selbst
 der Pertinenzien, einzelnen Häuser, Gärten u. s. w.)
 aufforderte, binnen 14 Tagen die Original-Kauf-
 Contracte, Quittungen rc. ihm auszuliefern.

Der Sinn der mitgetheilten Deklaration ist an und für sich klar. Die Regierung erklärt sich für berechtigt, die vom westphälischen Gouvernement verfügten Verkäufe, soweit solche Domainen, oder Klöster und Stiftsgüter betrafen, als unverbindlich für sich anzusehen und aufzuheben; dieselbe will sich jedoch ihres strengen Rechts nur in dem Maße bedienen, daß sie sich die Untersuchung jedes einzelnen Kaufes, und nach Befinden der Umstände, die Reluition, jedoch gegen Erstattung des erweislich bezahlten Kaufpreises, vorbehält. Für das Recht, jene Verkäufe ohne Weiteres zu annulliren, wird angeführt, daß dieselben als willführliche Dispositionen über die Substanz des Staatsvermögens zu betrachten seien, zu welchen die vorausgehende Regierung, selbst nach den damals bestandenen Gesetzen, nicht hinreichend autorisirt gewesen; für das Recht der Untersuchung und der Ausübung der Reluition wird noch besonders gesagt: daß in vielen Fällen die Verkäufe mit Hintansehung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten und Bedingungen geschehen; daß die Kaufpreise dem Werthe der Gegenstände gar nicht angemessen gewesen; daß die Verkäufe theilweise zum größten Nachtheile des gemeinen Wesens und zur Beförderung besonderer, demselben schädlicher Zwecke, vorgenommen seien. *)

*) In der Deklaration ist auch von abgelöseten Zehnten, Diensten und Grundabgaben die Rede, welche zu den Domainen ober

Wer daran geht, die publicirte Erklärung der Regierung und die aufgestellten Gründe zu prüfen, der wird nur halbe Arbeit unternehmen, wenn er nicht Grundsätze der Gerechtigkeit von denen der Staatsklugheit unterscheidet. Schon die Declaration führt auf diese Unterscheidung, und so zerfällt die gegenwärtige Untersuchung von selbst in zwei Abschnitte.

I.

Die Rechtsfrage:

Haben die von der westphälischen Regierung im Hildesheimischen verfügten Veräußerungen von Domainen oder Kloster- und Stiftsgütern für die im Besitze des Fürstenthums folgende Hannöversche Regierung verbindende Kraft?

involvirt die andere:

Gütern der aufgehobenen Stifter und Klöster gehört haben. Diese Erörterung läßt sich nicht besonders darauf ein, weil der Gegenstand, dem Verlauten nach, seine eigene gründliche Behandlung finden wird, und weil die Rechtsbeständigkeit der bemerkten Ablösungen mit der Rechtsbeständigkeit der Verkäufe gewissermaßen steht oder fällt. Wer aber, abgesehen vom Rechte, in Rücksicht des großen Nutzens jener Ablösungen überhaupt bedenklich sein könnte, dem würde unsere Zeit zurufen müssen: mein Sohn! an deiner Heilung habe ich verzweifelt!

War die vorausgehende Regierung zu jenen Veräußerungen berechtigt?

Die Deklaration stellt Domainen und Kloster- und Stifts-Güter in eine Parallele, und läßt von diesen gelten, was nur bei jenen gelten kann. Ein Unterschied muß hier nothwendig und durchaus gemacht werden, wie dies der Fortlauf der Untersuchung schnell ergeben wird.

Derjenige Theil des Staatsvermögens, welcher in besondern, dem Staate allein zugehörenden Gütern besteht, heißt *Domaine*, oft *Kammergut*, bei uns schlechtthin *Ampt*, welche letztere Benennung besonders auch im Hannöverschen üblich ist. Die *Domainen*, *Ämter*, gehören dem Regenten als solchem, also dem Staate, nicht dem Fürsten, als Privat-Person, in welcher Eigenschaft er wohl *Patrimonial-Güter* (der Familie ursprünglich eigene) aber keine *Domainen* haben kann. Der Ertrag der *Domainen* ist die älteste Art von Einkünften. Sie dienten zur Unterhaltung des regierenden Hauses, zum Hofstaate, zur Bestreitung der öffentlichen Ausgaben und Bedürfnisse. Bevor es nöthig wurde, daß jedes Mitglied des Staates der schützenden Macht einen Theil der Güter stellte, also zur Zeit, wo es hinreichend war, mit Kräften zu dienen, waren *Domainen* eine höchst segensreiche Staatseinrichtung, und es hieß das Wohl der Unterthanen zu Herzen nehmen,

wenn durch Ankauf, Urbarmachung, Heimfall adeliger Lehnsgüter, Schenkung und Erbschaft die Zahl derselben von Zeit zu Zeit vermehrt wurde. Eine große Veränderung mußte kommen durch die Wirkungen des Kunstfleißes und Handels. Als im sechszehnten Jahrhunderte die Fürsten klagten, daß die Domainen-Einkünfte nicht mehr zu den außerordentlichen Ausgaben hinreichten, so wurden die Unterthanen zuerst zu Steuern, jedoch nur, als eine Beihülfe, verpflichtet, womit ausdrücklich der Satz aufgestellt wurde, daß die Staatsausgaben hauptsächlich aus dem Ertrage der Staatsgüter bestritten werden sollten und mußten. Das charakteristische Merkmal einer Domaine ist also, daß der jedesmalige Regent nicht nach Willkühr darüber disponiren kann. Es kommt Staatseigenthum in Frage, wovon der Fürst nur die Rechte des Nutznießers hat, und welches er, wie jeder Nutznießer, niemals veräußern kann.

Gegen diesen Satz sucht man allerlei Zweifel zu erheben und erhebt sie wirklich. Man geht auf die Entstehung der deutschen Staaten zurück. Der Fürst existirte schon, heißt es, ehe er Landesherr wurde und besaß theils eigenthümliche, theils Lehnsgüter; die Landschaft, die Repräsentanten der Unterthanen, haben ihm nichts vom Vermögen übergeben; wie kann man sagen, daß die fürstlichen Kammergüter Eigenthum des Landes sind? Dagegen wird eingewandt: es ist nicht leicht ein Land,

in welchem die vom Fürsten versezt gewesenen Kammergüter durch Beiträge der Landschaft nicht wieder eingelöst worden wären, mithin verdankt der Fürst den gegenwärtigen Besitz der Landschaft den Unterthanen. Dabei beruhiget sich die entgegenstehende Partei nicht; sie geht noch einmal auf den Ursprung der Domainen der Kammergüter zurück. Die meisten der in Frage kommenden Staatsgüter seien, wird mit Grunde behauptet, Kaiserliche und Reichs- Domainen, welche von den Kaisern den Fürsten und Grafen überlassen wurden. Nicht mit Grund wird gefolgert, daß mit der Gelangung zur Souveränität und mit Auflösung des deutschen Reichsverbandes den Fürsten völlig freie Hand geworden sei. Waren die Güter von den Kaisern den Fürsten ursprünglich zur Bestreitung der öffentlichen Abgaben überlassen, so blieb dasselbe Verhältniß, als die Fürsten Souveräne wurden und eigene Landstände bei ihnen aufkamen.*) Aber auch Herkommen und Gesetz sprechen in den meisten Fällen zu deutlich, als daß

*) Einer weitläufigen Deduction ausweichend muß hier angeführt werden, daß in Preußen seit 1809 ein Hausgesetz existirt, welches das freie Dispositionsrecht des Regenten über die Domainen als unbezweifelt aufstellt. Baiern und Baden waren mit gleichen Edicten vorausgegangen. Preußen wird eine ordentliche ständische Verfassung erhalten, und was die Stände alsdann über die aufgestellte Behauptung bestimmen werden, wird dort als Norm dienen müssen.

man sich nicht bestimmen mußte, den bemerkten Zweck den Staatsgütern unterzulegen, und also auch für die Unveräußerlichkeit zu entscheiden. Die Hannöversche Regierung hielt sich seit Jahrhunderten streng und unbiegsam, zugleich mit vorzüglichen Rechtslehrern, an dem Principe der Unveräußerlichkeit der Domainen oder Aemter, und wie sehr sie dieselben zur Bestreitung des Staatsbedarfs bestimmt glaubt, geht auch gewissermaßen daraus hervor, daß die Aemter in früherer Zeit regelmäßig den Beamten als Theil des Gehalts in eine billige Zeitpacht gegeben wurden, und daß noch jetzt die bei den Aemtern Angestellten, vor allen übrigen Officianten hinsichtlich ihres überreichen Gehalts eigentlich königliche Beamte genannt werden können. Mochten in andern Ländern große Aemter in Bauergüter zerschlagen werden, mochte auch dabei fast durchgängig Bevölkerung und Volksvermögen, ja die Staatseinkünfte selbst einen Zuwachs gewinnen: die Hannöversche Regierung kehrte sich daran nicht, und durfte es auch den Regierungsverhältnissen und der Staatsform nach nicht, welche hier in Uebereinstimmung mit dem zu Grabe gegangenen deutschen Staatsrechte, vorzüglich in Betracht kommen. Denn im Hannöverschen sind die Aemter und deren Ertrag beständig und echt landesväterlich zum Besten des Landes und der Unterthanen bestimmt und verwandt worden, wenn gleich auch hier noch manche

billige Wünsche der Unterthanen von manchen Seiten zu berücksichtigen übrig bleiben möchten.

Fragt es sich nun, ob die Hannoversche Regierung an die unter Westphälischer Regierung im Hildesheim'schen stattgefundenen Verkäufe von Domainen gebunden sei, so müßte die Antwort vielleicht verneinend ausfallen, da sich wohl erweisen ließe, daß den bestehenden Regierungsverhältnissen nach, die Veräußerung von Staatsgütern zum Nachtheile des gemeinen Wesens gereichen muß, und möchte die Annullirung der Verkäufe von Gütern der genannten Art um so mehr unbedenklich scheinen, als sich das neue Gouvernement bereit erklärt hat, die erweislichen Kaufpreise bei Zurücknahme der Güter zu erstatten, wodurch die Einrede, daß ein evidenter Nothfall zu den Veräußerungen geführt habe, für dessen Erheblichkeit die Sache selbst und die Rechtslehrer, Struyck und Menochius, Ulpian und Hugo Grotius, mit vielen bewährten neuern Publicisten streiten, gewissermaßen umgangen und in ihr Nichts zurückgewiesen zu sein scheint.

Völlig neu, und ganz von dem vorausgehenden unterschieden, ist der Gesichtspunkt, aus welchem die Stifts- und Klostergüter betrachtet werden müssen. In den letzten drei Decennien ist zu unzähligen Malen deducirt worden, daß der Grund des Besizes und Genusses des geistlichen Guts in keinem vollkommenen und strengen Eigenthumsrechte

liege und gelegen habe. Bei Erörterung des Gegenstandes blickte man von der Erwerbsart (Urbarmachung, Schenkung, Fundation, Kauf u. s. w.) fort, und faßte die Zeitumstände, die veränderte Meinung von der Nothwendigkeit, mehr aber die schönen Güter selbst, scharf ins Auge. Wohl war vieles von dem, was in frühern Zeiten gehalten hatte, was Stütze gewesen war, morsch geworden, und selbst der große Haufe sah mit andern Augen, wie früher. Aber nichts desto weniger wurde das Wesen einer moralischen Person nicht gehörig berücksichtigt und deren Rechte, (manches kommt auf Rechnung des Sturms der Zeit!) weit in den Hintergrund gestellt. Es kam zu einer fast allgemeinen Aufhebung der Stifter und Klöster. Der Souverain, hieß es, handelt im Namen des Staates; die Meinung der Bürger, wenigstens der aufgeklärte und angesehen Theil, hat sich für die Entbehrlichkeit solcher Anstalten, und die Nützlichkeit einer anderweiten Verwendung ihrer Güter entschieden. Doch die Meinung des Volks hätte sich, nach der strengen Forderung der Gerechtigkeit, dadurch aussprechen müssen, daß es jenen Instituten an Candidaten aus dem Volke gefehlt hätte. In Rücksicht der Bettelorden war es schon in den achtziger Jahren des vorigen Jahrhunderts bis dahin in mehreren Ländern gekommen, und doch waren die Mendicanten-Orden überall, aber erklärlich genug, die letzten, welche das Loos der

Aufhebung traf. Hätte der Souverän für eine der Zeit conforme Reformation der Stifter und Klöster staatsklug nichts gethan, so konnte es nicht fehlen, daß deren sämtliche Güter auf eine rechtsbeständige Weise zum Staatsvermögen kamen. Aber vielleicht wäre der Geist der Zeit darüber um fünf Decennien älter geworden.

Im Hildesheimischen wurde bald nach der Preussischen Besitzergreifung zur Aufhebung der Mannsklöster geschritten. Der Würfel war auch schon über das Aufhören der Stifter gefallen, als die Jenaer Schlacht die Ausführung verhinderte. Wo Preußen stehen geblieben war, fuhr die Westphälische Regierung fort; nur hatte Preußen wenig veräußert.*) Der Westphälische König war für den Handel und verkaufte die Güter der aufgehobenen Nonnenklöster und auch die der secularisirten Stifter. Im Jahre 1815 heißt es nun,

*) Preußen verschenkte das Gut eines aufgehobenen Mannsklosters an einen seiner damaligen Minister. Dieser Schenkungsact war allerdings eine Veräußerung, aber gewiß eine legale und bisher unangefochten. Daß Domainen durch Secularisationen entstanden sind, ist unbezweifelt, und schreiben sich aus den Zeiten der Reformation gewiß manche derselben her, so wie auch manche geistliche Güter damals in den Verkehr kamen. Darum ist es auch unbestritten, daß die Regierung, zumal mit den Landständen, vormal's geistliches Gut zu Staatsgut erklären und bestimmen kann. Dies hatte Preußen aber während seiner Regierung des Fürstenthums in Rücksicht der vormaligen Mannsklöster noch nicht gethan.

die Westphälische Regierung hat im Hildesheim-
schen Güter verkauft, die ihr nicht gehörten.

Abgesehen davon, daß sich aus dem Rechte zur Aufhebung der Klöster und Stifter zugleich das Recht des Staats über die Güter zu bestimmen deduciren läßt, wie dies auch die Praxis in allen deutschen Ländern bestätigt hat, handelte die Westphälische Regierung völlig gesetzlich und der mit der Uebernahme des Fürstenthums auf sich genommenen Verpflichtung gemäß, da sie geistliches Gut veräußerte. Das Land war bekannter Massen durch das von allen Mächten genehmigte Secularisations-Princip geistlicher Staaten — freilich als ein von der Noth abgedrungenes Entschädigungsmittel — an Preußen gefallen. Preußen hatte das Recht die Güter der secularisirten Stifter und Klöster aufzuheben, also auch Westphalen. Der §. 35. des Reichsdeputations-Recesses siehe hier wörtlich abgedruckt:

„alle Güter der fundirten Stifter, Abteien und
„Klöster, in den alten sowohl, als in den neuen
„Besitzungen, katholischer sowohl als A. C. ver-
„wandten, mittelbarer sowohl als unmittelbarer,
„deren Verwendung in den vorhergehenden An-
„ordnungen nicht förmlich festgesetzt worden ist,
„werden der freien und vollen Dispo-
„sition der respectiven Landesherren, sowohl zum
„Behuf des Aufwandes für Gottesdienst, Un-
„terrichts- und andere gemeinnützige Anstalten,

„als zur Erleichterung ihrer Finanzen
 „überlassen, unter dem bestimmten Vorbehalte
 „der festen und bleibenden Ausstattung der
 „Domkirchen, welche werden beibehalten wer-
 „den, und der Pensionen für die aufgehobene
 „Geistlichkeit, nach den unten theils wirklich
 „bemerkten, theils noch unverzüglich zu treffen-
 „den nähern Bestimmungen.“

Der §. bedarf rücksichtlich dessen, warum er hier abgedruckt steht, keines Commentars. Er sagt zwar, daß die Güter für Gottesdienst, Unterrichts- und andere gemeinnützige Anstalten aufgewandt werden sollten, aber dieser Bestimmung wurde in Westphälischer Zeit, was den Gottesdienst anbetrifft, nicht wesentlich zuwider gehandelt, da an die Stelle der aufgehobenen Klöster und Stifter Pfarren traten, wenn es Lokal-Umstände forderten; Pfarren entstanden sogar im Umkreise des Königreichs an Orten, wo Fanatismus, ohne Unterschied, sie früher nicht gestattet hatte. Die Unterrichts- und gemeinnützigen Anstalten anlangend, wird im 2. Abschnitte der Ort sein, das Erforderliche anzuführen.

Die Hauptbestimmung des geistlichen Guts war unlängbar die Erleichterung der landesherrlichen Finanzen, und die andere Bestimmung ist keinesweges als Restriction anzusehen. Der Finanzzustand war es ja auch, der nach einem langen und blutigen Kriege in dem verarmten deutschen

Reiche vorzügliche und erste Berücksichtigung verdiente, und so mußte wohl den Landesherren anheim gestellt werden, von den Gütern der Stiftungen zu nehmen, was und wie viel sie wollten; nach ihrem Dafürhalten zu veräußern und zu verschenken, und dabei niemand, wenn sie gute Fürsten wären, als das Beste ihres Landes in Rath zu nehmen.

Hier kann, scheinbar nicht ohne Grund eingeworfen werden, daß zwar der §. 35. allerdings alle Güter der Klöster ohne Ausnahme der freien Willkühr des Landesherrn Preis gegeben habe, aber der §. 42. des Recesses, enthalte die wichtige, von Westphalen nicht berücksichtigte Restriction, daß die Sekularisation der Frauenklöster der Einwilligung des Bischofs unterworfen sein solle. Der bemerkte §. fordert wirklich: das Einverständniß des Diöcesan-Bischofs zur Sekularisation der Frauenklöster; aber da eben dieser §. 42. bestimmt, daß die Klöster beider Gattungen nur mit Einwilligung des Landesherrn Novizen aufnehmen sollen, so ist ja für sich klar, daß der Landesherr überall disponiren konnte. Denn war die Anzahl der Professen auf drei herabgekommen, oder war das ganze Personal ausgestorben, so konnten doch die Güter nicht ungenutzt und herrenlos liegen bleiben; und so mit ist auch weiter klar, daß das Einverständniß des Bischofs nur auf die communauté, das hier Außersesent-

liche, nicht aber auf die bona temporalia, bezogen werden kann, weshalb es auch kein unnöthiger Zusatz ist, wenn von „geschlossenen“ Frauenklöstern im §. die Rede ist.

In der Erörterung bis hierher ist gezeigt, daß sich die Westphälische Regierung keinen Eingriff in fremdes Eigenthum, in das des Staates zu Schulden kommen ließ, wenn sie von dem zu ihrer freien Disposition gestellten geistlichen Gute veräußerte, so viel sie wollte. Wir gehen nun zu den Förmlichkeiten, die, der Deklaration zufolge, ob schon vorgeschrieben, bei den Verkäufen vernachlässiget seyn sollen; zuvor berühren wir jedoch die Frage: enthielten die Grund- und andere Gesetze des vormaligen Königreichs Westphalen Bestimmungen, welche die von Preußen auf Westphalen mit dem Hildesheimischen übertragenen Rechte aufhoben oder einschränkten? Dann beleuchten wir zugleich den Grund des Anführens, daß die Kaufpreise dem Werthe der Güter gar nicht angemessen gewesen seien.

Die Constitution des Königreichs war ein Nachwerk von ein Paar Tagen und wurde in Frankreich, dem Fabriklande so mancher Constitution, entworfen oder vielmehr dictirt. Gleich der 2. Art. derselben, zeigte von großer Gewaltthätigkeit, und deutete das subordinirte Verhältniß an, in welchem das neue Königreich zu dem französischen Reiche stehen würde. Der Kaiser behielt

sich die Hälfte der Domainen des ganzen Königreichs zur Belohnung verdienter Officiere vor. Die Güter der von Preußen aufgehobenen Mannsklöster, welche noch gar nicht zu Domainen erklärt waren, wurden als Domainen an französische Generale gleichfalls verschenkt. Recht brüderlich hielt sich dann der Kaiser noch die, einzelnen Provinzen auferlegten Kriegs-Contributionen ausdrücklich bevor. Der Art. 9. wies dem Könige und seiner Familie zum Unterhalte einen besondern Kronschatz von 5 Million Franken an, welcher in Folge einer besondern Convention um 1 Million nachher vermehrt wurde. Damit war der Unterhalt des Fürsten, qua talis, bestimmt. Die Domaniel-Baldungen und ein Theil der Domainen, nicht gerade deren Ertrag, endlich die Staatskasse wurde zu jenem Behufe bestimmt. Mit der Aufhebung der Privilegien einzelner Personen (Art. 12.) und des Adels (Art. 14.) in Beziehung auf das Recht zu einem besondern Amte, Dienste oder einer Würde, stand der Art. 15., daß die Statuten der adeligen Abteien, Capitel und Priorate dahin abgeändert werden sollten, daß jeder Unterthan des Reichs darin zugelassen werden könne, in einer um so genauern Verbindung, als der Klöster im erwähnten Art. nicht einmal gedacht wird. Die Regierung rückte nachher, nach Ansicht des 15. Art. unter dem 5. Februar 1808 wirklich mit einem Dekrete heraus, welches eine vorläufige Organisa-

tion der Capitel, Stifter, Abteien u. s. w. festsetzen sollte. Sie wußte, was sie wollte. Die Stiftungs-Urkunden, Statuten und Reglements fielen sämmtlich über den Haufen, und die Institute gingen in wahre Versorgungsanstalten über, wenn allen Unterthanen der freie Eintritt eröffnet wurde, da kaum ein Sechstel der Unterthanen katholisch war. Darum war jenes Dekret nur eine Art von Vormundschaftsbestellung, wobei gleich ein Zehntel der sämmtlichen Einkünfte für die Staatskasse bedungen, und ein General-Director der Verwaltung der Einkünfte geistlicher Stiftungen angeordnet wurde.

Das Königreich hatte durch seine Constitution auch eine ständische Verfassung erhalten. Ein elendes Bollwerk gegen die Willkühr, ein bloßer Popanz, waren die Stände des Reichs. Ihre Zahl war auf 100 festgesetzt, worunter 70 aus der Klasse der Grundeigenthümer gewählt wurden. Nach der Constitution erhielten die Mitglieder keinen Gehalt. Alle drei Jahre sollte die Zahl zu einem Drittel erneuert werden, jedoch konnten die ausgetretenen Glieder unmittelbar wieder gewählt werden. Der Präsident wurde vom Könige ernannt; die Stände selbst konnten vom Könige allein zusammenberufen, prorogirt, vertagt und aufgelöst werden. — Wir denken uns hier den väterlich gesinnten Jérôme, der beim Regierungs-Antritte allen Westphalen die Liebe abzugewinnen

versprach, noch einmal recht lebhaft, aber fragen auch mit Wieland: wie viele Könige, welche sich durch die heiligsten Gelübde verbinden mußten, nur für die Glückseligkeit ihrer Völker zu leben, erinnern sich dieser Gelübde noch, nachdem sie den ersten Zug aus dem Zauberfelle der willkührlichen Gewalt gethan haben?

Die Stände des Westphälischen Staats wurden wirklich zweimal zusammenberufen, und berathschlagten nach Herzenslust über Gesetzentwürfe, die ihnen vom Könige vorgelegt wurden, nicht gerade sollten, und über Finanzgesetze. Als aber Steuergesetze wider ihren erklärten Willen eingeführt wurden, so erkannten dieselben, daß sie eine ganz überflüssige Rolle spielten und sie wichen gern den kostspilligen Reisen nach Cassel aus.

Eine prohibitive Bestimmung hinsichtlich der Veräußerung der Domainen sowohl als des geistlichen Guts findet sich im ganzen Constitutions-Gesetze nicht, vielmehr heißt es im 54. Art.: daß die Constitution durch königliche, im Staatsrathe discutirte, Verordnungen ergänzt werden sollte.

Durch das Dekret vom 13. Mai 1809 ward mit Aufhebung der Nonnenklöster und Veräußerung ihrer Güter der Anfang gemacht. Die Zahl der Nonnenklöster war angeblich zu groß; die religiöse Bestimmung, hieß es, werde besser erreicht, wenn die Nonnen verschiedener Klöster zusammengeworfen würden. Des Organisations-Dekrets der geistli-

chen Stiftungen vom 5. Februar 1808 ward hier nicht gedacht; auch kam die Versetzung der Nonnen aus den sekularisirten Klöstern in die damals bleibenden nicht zur Ausführung. Im Dekrete vom 13. wurde gesagt, daß dem Staatsvermögen neue Hülfquellen durch die Aufhebungen eröffnet würden. Unter den sechs aufgehobenen Klöstern befand sich nur ein einziges, das Cistercienser-Nonnenkloster Böltingerode. Die Aufhebung desselben machte weniger Aufsehen, als die käufliche Ueberlassung an den jetzigen Eigenthümer, der jedoch durch sein menschenfreundliches und wahrhaft christliches Betragen sowohl im Allgemeinen, als namentlich gegen die aufgehobenen Nonnen, deren Pensionen kärglich genug ausfielen, das tiefgewurzelte Vorurtheil landkundig widerlegte. Er war es auch gewesen, der sich zu einer freiwilligen Anleihe von 3 Millionen verstanden und einigen andern Darleihern Muth gemacht hatte. Die Güter des Klosters, sowohl bewegliche als unbewegliche, wurden für Rechnung des öffentlichen Schatzes zur Verfügung des Finanzministers gestellt. Dieser (jetzt der verehrte Königl. Preussische Finanz-Minister Graf von Bülow) bewirkte den Verkauf unter der Hand, weil theils noch keine Vorschriften über die Formen, welche bei Veräußerungen der Art beobachtet werden sollten, vorhanden waren, theils auch wohl um einen dem gemeinen Besten nachtheiligen Aufschub zu vermei-

den; denn nach dem Dekrete vom 9. April desselben Jahres sollten die Zinsen von den über die Anleihe von 20 Millionen ausgestellten Obligationen, vom 1. Juli des Jahres an halbjährig bezahlt werden, und der Finanz-Minister wollte dies Versprechen in Erfüllung gehen lassen.

Unter dem 1. December 1810 erschienen drei Dekrete auf einmal, welche auf alle Departements des so genannten Westphälischen Reichs einen großen Eindruck machten. Das zweite von den drei erwähnten (No. 170.) verordnete die Aufhebung aller Kapitel, Klöster und anderer geistlicher Stiftungen. Der stumpfste Kopf begriff, daß der 1. December 1810, das Todesurtheil über die Wohlfahrt von Tausenden, und namentlich über das der Stadt Hildesheim gesprochen hatte. Gedachte Stadt zählt gegen 11,000 Einwohner, deren Wohlstand und Auskommen so sehr mit dem Bestehen der geistlichen Stiftungen verwebt, ja im Laufe einer langen Zeit verwachsen, daß die Aufhebung aller jener Stifter und Klöster nothwendig das Herabsinken der Stadt zur bloßen Landstadt zur Folge hat. Der kleine Hof des Fürsten nährt und beschäftigt noch manche Hand, seine fromme Mildthätigkeit spendet jährlich über 20,000 Thlr. an Hilfsbedürftige; noch lebt ein Theil der geistlichen Pensionärs und läßt leben: aber wenn alles dieses in dem unvermeidlichen Strome der Vergänglichkeit fortgeschwemmt ist, und darauf noch

50 Jahre verflossen sind, dann frage man einmal nach, was aus der Stadt Hildesheim geworden ist! Wie der Einfluß auf das umliegende Land sein müsse, springt von selbst in die Augen, obgleich blühendere und größere Städte auf $2\frac{1}{2}$ und 4 Meilen (Hannover und Braunschweig) vorhanden sind. Möge die Hildesheimer niemals Glaube und Hoffnung verlassen. —

Das Aufhebungs = Dekret schickt beschönigend, aber auch rechtfertigend voraus: 1. die Regierung habe aus den eingeforderten Stiftungs = Urkunden und Statuten die Ueberzeugung geschöpft, daß die Stiftungen, nach dem natürlichen Wechsel der Dinge, unter den Zeitumständen für die bürgerliche Gesellschaft von keinem weitem Nutzen seien; 2. den Stiftungen könne keine zweckmäßigere Bestimmung gegeben werden, als wenn man ihre Güter in der schwierigen Lage des Königreichs den so dringenden öffentlichen Bedürfnissen widme, und einen Theil derselben dem freien Verkehre wiedergebe; daß die Regierung, 3. dem beharrlichen Wunsche, die Lasten und Abgaben des Volks, so viel in ihren Kräften stehe, zu erleichtern, ohne Anstand diejenigen Vortheile zum Opfer bringe, welche mit der ihr zustehenden Befugniß verknüpft seien, eröffnete Präbenden und Beneficien getreuen Dienern als Belohnung oder als Jahrgelt anzuweisen. Was unter 1. über den natürlichen Wechsel der Dinge und der Zeit angeführt wurde,

dagegen war freilich nichts Erhebliches einzuwenden. In der physischen, wie in der moralischen, Welt ist niemals Stillstand. Die Natur wirkt Leben im Tode, und Tod im Leben förderlich durcheinander. Zu 2. konnte jeder gesetzliche und jeder constitutionelle Westphale von Herzen beistimmen, Alle erhielten Erleichterung. Was 3. betrifft, so konnte man allerdings des Glaubens sein, daß die Regierung, welche so gern mit Gnadenbezeugungen und Austheilungen von Würden und Beneficien, die ihr nichts kosteten, viel Geklimper und Lärm machte, in ruhiger und keine Opfer fordernder Zeit die Stifter und Klöster unter Modificationen würde haben bestehen lassen, wenn gleich die Revenüen brav geschmälert sein würden, wovon gleich anfangs das Beispiel gegeben worden war.

Es hat nichts Auffallendes, daß in dem Aufhebungs-Dekrete des Deputations-Recesses von 1803, der doch die Befugniß der Regierung zur Sekularisation der Stifter und Klöster, und das Recht der Disposition über ihre Güter hauptsächlich basirte, gar keiner Erwähnung geschah. Die Erinnerung an Beschlüsse des ehrwürdigen deutschen Reichs konnte für das winzige westphälische Reich zu fränkenden und Unruhe machenden Vergleichen Anlaß geben, und man liebte ja auch den Schein, aus eigener Machtvollkommenheit zu handeln, um so mehr, als die eigene Auctorität

durch das gebieterische Frankreich tagtäglich compromittirt wurde.

Der Art. 2. des Sekularisations-Dekrets schrieb die unverzügliche Bildung derjenigen Domstifter vor, an deren Spitze ein Bischof stand, und bestimmte die Kosten der Unterhaltung als Ausgabe des öffentlichen Schatzes, dem Deputations-Receffe conform. Die Ausführung unterblieb, und mußte es; weil die Unterhandlungen mit Rom, auch dem Recesse nach, vorausgehen mußten.

Zur Vereinfachung des Geschäftsganges wurden alle Güter der gewesenen Stiftungen der Administration der Staatsgüter, durch Art. 4., unterworfen; und im Art. 5. festgesetzt, daß in jedem der Jahre 1812, 1813 und 1814 ein aus dem Verkaufe der Güter zu lösender Kapital-Fond von 3,333,000 Franken zur Einlösung derjenigen Obligationen bereit gehalten werden solle, welche im Laufe des Jahres 1811 über den Rest der Anleihe von 20 Mill. ausgestellt wurden. Das Gesetz der Noth warf die letzte Vorschrift bald über den Haufen, aber die beträchtlichen landschaftlichen Obligationen, in deren Besitze die Kapitel und Abteien sich befanden, wurden für erloschen erklärt. Dagegen übernahm der Staat auch die Passiv-Obligationen, wozu sich die resp. Gläubiger Glück zu wünschen keine Ursache hatten.

Dem Dekrete Nr. 170 war an demselben Tage ein anderes unter Nr. 169 vorausgegangen,

welches die Ablösungen oder die Käufe der den Domainen und geistlichen Gütern zustehenden Præstationen und Grundabgaben verfügte. Der für sich wohlthätige Zweck schloß einen andern, den der Tilgung der Staatsschuld ein, welcher auch nach der damaligen Lage der Dinge, trotz der gleichfalls unter dem 1. Dec. dekretirten Ergänzungs-Anleihe von 10 Millionen Franken nicht unerreikbaar scheinen konnte, wenigstens würde in Betracht der nun eröffneten Hilfsquellen Jedermann eingeleuchtet haben, daß die neue gezwungene Anleihe kein wirkliches Opfer sei, wenn jemals das Vertrauen der Unterthanen zu der Regierung allgemein hätte begründet werden können. Aber der Glaube an das Nichtbestehen wurde selbst beim gemeinen Manne durch den lebhaften Wunsch von den drückendsten Lasten befreit zu werden, zur hohen Gewißheit.

Durch das Dekret vom 17. Mai 1811 wurde zuerst eine öffentliche Versteigerung bei Verkäufen von vormalig geistlichen Grundstücken oder Domainial-Gut vorgeschrieben, welches früherhin lediglich nach den Bestimmungen des Finanz-Ministers (wiewohl für den Staat erweislich vortheilhafter, wegen des früher nicht so hohen Werthes des Geldes) geschehen war. Die Domainen-Directoren wurden verpflichtet, daß jeder Verkauf zwei Monate vorher durch die öffentlichen Blätter bekannt gemacht wurde, aber dieselben Directoren

erhielten bald die Instruction, daß der Termin von 2 Monaten bloß bei Verkäufen von ganzen Gütern in Anwendung zu treten brauche; bei Häusern, Gärten und sonstigen Parzellen, sei die Förmlichkeit nicht erforderlich, und ein Termin von 14 Tagen hinreichend. Das Dekret besagt davon nichts, aber das Geld konnte niemals schnell genug herbeigeschafft werden. Bei Verkäufen ganzer Güter wurde indeß streng auf die Beobachtung der vorgeschriebenen Förmlichkeiten gehalten; auch waren die Domainen-Directoren, welche ohnehin im Einverständnisse mit den Präfecten und Unterpräfecten handeln mußten, für deren Vollziehung verantwortlich gemacht.

Der Einsatpreis der Landgüter wurde nach dem achtzehnfachen Betrage des Pacht-Quantums (nach Ausschluß der beiden theuersten und beiden wohlfeilsten Jahre) von einem besondern, in jedem Departement angeordneten, Ausschusse festgesetzt. Der Preis des Wirthschafts-Inventariums wurde aber nach einer besondern Taxe, wozu der Käufer einen, der Domainen-Director einen andern Taxator bestellte, ausgesetzt, und der Werth besonders bezahlt. Die Real-Lasten wurden nach der Wirklichkeit von dem herausgefundenen Kapitale, die Grundsteuer nur mit $\frac{1}{5}$ in Abzug gebracht. Für den Werth der Gebäude ward kein Preis in Anschlag gebracht, und dies hat alle Welt außer Athem gesetzt. Die vielen großen Gebäude, die

fast unabsehbaren Mauern bei Klöstern, deren lange Kreuzgänge — so ganz umsonst! Man vergißt, einmal, daß die in Kauf erhaltenen weitläufigen Gebäude für die Käufer nicht einmal einen relativen Werth hatten; dann, daß, wenn man zu einer Taxation und Anrechnung hätte schreiten wollen, zur Ausmittelung des Werthes der □ Fuß Mauerwerk, nach den damaligen Umständen (und bei uns auch noch nach den jetzigen!), nicht einmal zu 1 Pfennig angeschlagen und als Maßstab hätte dienen können: da der gedachte Maßstab bei Abschätzungen von Häusern in Städten in Anwendung zu kommen pflegte. Kamen also die Gebäude mit in Anschlag (versteht sich nur die Oekonomie-Gebäude!), um ein Geringes würde das Kauf-Preitium erhöht worden sein, und in den Veräußerungen hätte nicht der Reiz gelegen, der darin lag.

Der Kaufpreis mußte mit einem Drittheile in baarem Gelde, und zwei Drittheilen in Obligationen oder Empfangscheinen der ersten Klasse der Anleihe von 1810, oder in Scheinen von der Amortisations-Kasse für rückständige Zinsen ausgestellt, entrichtet werden. Das erste Drittheil mußte ferner, vierzehn Tage nach dem Zuschlage, welcher ohne allen Vorbehalt und unverzüglich ertheilt wurde, halb in baarem Gelde und halb in Papieren; das zweite Drittheil in demselben Verhältnisse zwei Monate nach Uebergabe des Kauf-

Contract's, und der Rest zwei andere Monate später bezahlt werden. Die Ablieferung des Geldes geschah an die General-Casse des Distrikts, worin das erstandene Gut gelegen war. Aber dem öffentlichen Schatz verblieb bis zur gänzlichen Abtragung der Kauffumme, das Vorzugsrecht auf die sämmtlich verkauften Güter, auch war es den Käufern ausdrücklich verboten, solche wieder zu verkaufen, oder einzeln zu veräußern, so lange sie das Kaufpretium nicht völlig bezahlt hatten. *)

Die Vergleichung des Ertrages der Güter mit der Summe, welche beim Kaufe erlegt wurde, bestimmt das Verhältniß, in welchem die Käufer ihr Kapital erlegten. Allerdings lag in dem Cours der Papiere, welche zu zwei Drittheilen bei den Zahlungen zulässig waren, ein erklecklicher Gewinn, jedoch ist er nicht so enorm, wie man ihn anzugeben beliebt hat. Die Obligationen, welche in Zahlung genommen wurden, standen selten unter 90 p. C., die Bons, wenn sie sehr niedrig standen, zu 80. Für das Gouvernement war dabei

*) Der Verf. hat für nöthig erachtet, aus den Dekreten, deren volle Mittheilung nicht wohl möglich war, um deßhalb manches, auf den ersten Blick außerwesentlich Scheinendes, zu excerpiren, damit der Ausländer, welcher die kleine Schrift lesen dürfte, seine oft irrigen Vorstellungen vom gesetzlichen Organismus des Westphälischen Staats berichtigen könne. Zudem sagt die Deklaration von hintangesetzten Bedingungen, welches zugleich mitbeleuchtet wird. Das Geld mußte immer prompt eingezahlt werden.

kein Verlust, denn es war verpflichtet, die Obligationen der Anleihe, wie die Bonds, zu ihrem Nennwerthe einzuziehen. Hätte es auch von dieser Verpflichtung abgelaßen, so wäre der letzte Rest des Vertrauens erschüttert worden. Daß die Käufer ihr Kapital nicht höher, als zu 5 p. C. ausbrachten, mag der Verf. keinesweges als ausgemacht behaupten; aber Hasser ihrer selbst und ihres Vortheils würde er sie schelten müssen, wenn sie nicht ihr Geld zu 6 p. C. anlegten. Der zum Erstauen gestiegene Werth des Geldes, und der so tief gesunkene Preis der Grundstücke, macht hier Alles aus. Aber eine Verletzung über die Hälfte des wahren Werthes wird denn auch so wenig vorgeschützt werden können, (zumal vom Staate, der über die Verletzung des Unterthanen, des Privatmanns, erhaben ist!) daß die resp. Käufer ganz ruhig auf ihrem erworbenen Pfühle schlafen mögen. Zudem würde die Einwendung der Verletzung über die Hälfte ein an seine Förmlichkeiten gebundenes Verfahren voraussetzen, auch wird es bisher noch keinen der Käufer erschreckt haben, wenn so oft, als grundlos, von Verschleuderung und spottwohlfeilem Wegschlagen der Güter gesprochen, oder vielmehr gefabelt wurde. Die Käufer können zuversichtlich ihrem, in allen civilisirten Staaten anerkannten und gehandhabten, Rechte vertrauen, kraft dessen auch sie äußerlich nach Belieben handelten; ruhig können sie es abwarten.

daß die Befugniß angefochten wird, zu thun, was nach Jedermanns Begriffen erlaubt ist, also auch ihren Vortheil zu suchen, wofern die Freiheit, dasselbe zu thun, keinem Andern geschmälert wird. Daß sie Vertrauen hatten, daß sie ihr physisches Vermögen verwandten, wozu die rechtliche Befugniß Alle gleich machte, das sollen wir ihnen Dank wissen, und ihnen den mit der Zeit erwachsenden Vortheil gern gönnen; denn sie thaten sich selbst nicht Unrecht, sie thaten keinem Andern Unrecht, sie waren vielmehr durch die Käufe Wohlthäter des Ganzen, wie unten gezeigt wird.

Bei dem Rückblicke auf die Seiten der vorstehenden Blätter finden wir:

1) Daß die Westphälische Regierung sich keine willkührliche Dispositionen über die Substanz des Staatsvermögens *) erlaubte, wenn sie in dem von Preußen an sie mit allen Rechten und Verbindlichkeiten abgetretenen Fürstenthume Hildesheim geistliches Gut veräußerte, da ihr die freie und völlige Disposition über dasselbe mit dem Fürstenthume selbst übertragen worden war. Die nachfolgende Königl. Hannoversche Regierung hat mit-

*) Die Substanz des Staatsvermögens im Sinne der Deklaration. Substanz ist das Beharrliche in Etwas. Auf die Weise würde die Substanz des Staatsvermögens zunächst die Liebe der Unterthanen (das Beharrlichste unter allen Umständen) einschließen. *Opes principum corda subditorum.* Ueber die Liebe hat nun freilich Jérôme willkührlich genug verfügt.

hin kein Recht, die von der Westphälischen Regierung verfügten Verkäufe von Stifts- und Kloster-Gütern aufzuheben.

Wir finden:

2) Daß der Westphälischen Regierung weder durch die Constitution, noch durch das Hausgesetz, noch durch irgend sonst einen Vertrag ein Hinderniß in den Weg gelegt war, über das geistliche Gut zu verfügen, wie sie wirklich verfügt hat. Sie war also vollkommen und durchaus zu den Veräußerungen, die sie vornehmen ließ, autorisirt.

Wir sehen, was die bei Verkäufen von Gütern üblichen Förmlichkeiten betrifft:

3) Daß bei einem Theile der Veräußerungen keine allgemein gültige Förmlichkeiten vorgeschrieben waren, indem das Gouvernement, nach seinem unbestrittenen Rechte, die Behandlung des Geschäfts dem Finanz-Minister, der das Zutrauen desselben hatte, anheim stellte: daß die nachher klug berathenen und vorgeschriebenen Förmlichkeiten bei Veräußerungen ganzer Güter nicht hintangesezt wurden, daß dieses um so weniger eintreten konnte, als die Einleitung des Geschäfts einer ganzen, in jedem Departement besondern, Committee übertragen, und die Ausführung von Männern abhängig gemacht war, die dem Staate außer ihrer Rechtlichkeit durch gestellte Cautionen versichert waren.

Wir sehen:

4) Daß die an die Westphälische Regierung und

deren Cassen entrichteten Kaufpreise den veräußerten Kloster- und Stifts-Gütern, in Betracht der außerordentlichen Zeit, des hohen Werthes des Geldes und niedern Preises der Grundstücke, allerdings nicht unangemessen war.

Wir müssen der Wahrheit in den vorstehenden Punkten beipflichten, und so müssen wir auch nothwendig sehen (oder wir drücken die Augen zu und rufen Licht weg!), daß die Käufer der Kloster- und Stifts-Güter im Hildesheimischen ein vollkommenes, durch nichts eingeschränktes, Eigenthumsrecht an den erstandenen Gütern haben. Eine Regierung aber, die das Eigenthum irgend eines Unterthans willkürlich wegnehmen wollte, würde sich noch schwerer versündigen, als der Bürger, der dasselbe thun würde; weil es gerade die Bestimmung und Pflicht der Regierung ist, einem Jeden sein Eigenthum zu erhalten.

Die Königl. Hannöversche Regierung hat sich jedoch im Laufe von Jahrhunderten, statt aller übrigen Ziele der Politik, stets die Gerechtigkeit als Strebepunkt ihres Handelns und Wirkens vorgestekt; sie weiß, daß auf dem Eigenthume das ganze Wesen der Gesellschaft beruhet, daß aus dem Eigenthume alles Recht erwächst, und wer jenes achtet, auch dieses ehrt. Mit Ruhe und Zuversicht darf jeder Unterthan Schutz für sein wohl-ermorbenes Eigenthum von ihr erwarten.

II.

Wir kommen auf die Grundsätze der Staatsflugheit und gehen zur Erörterung der Frage über:

Haben die unter Westphälischer Regierung im Hildesheimischen vorgenommenen Verkäufe von Kloster- und Stifts-Gütern dem gemeinen Besten wirklich den großen Nachtheil gebracht, den ihnen die Declaration vom 25. Aug. d. J. unterlegt? Sind die Veräußerungen zur Beförderung besonderer, dem Staatsverein verderblicher, Zwecke verfügt worden?

Zur Beantwortung dieser Fragen ist es zuvörderst nöthig, einen Blick in die Geschichte des vormaligen Königreichs Westphalen und auf die äußern und innern Verhältnisse desselben zu thun.

Westphalens Geschichte ist allerdings reich an himmelschreiend ungerechten Handlungen. Die Beweiszeugen für die Behauptung sind jene beiden Millionen Menschen, welche Jérôme Westphalens Unterthanen nannte. Nichtsdestoweniger läßt sich mit Wahrheit sagen, daß die Ungerechtigkeiten in

den Handlungen jener Regierung ganz für sich und abgesehen von schlechten Maximen betrachtet werden können. Darum mußten aber doch dieselben durch den aufgerufenen Gegensatz, wie bei jeder Krankheit, ihre endliche Heilung finden; denn bei Westphalen sollte das Verhältniß der Tortur einreten: der höchste Druck und Schmerz befreiet. Damit bestehet die Behauptung, daß daselbst schlechte und erlahmend wirkende Maximen keine Wurzel fassen konnten, indem jener Staat unter andern äußern Verhältnissen ein ganz anderer Staat würde gewesen sein. Ist hiermit nun schon die Quelle angedeutet, woraus die Ungerechtigkeiten unaufhaltsam manirten, so müssen wir die obersten Finanz-Behörden Westphalens gegen den Ausspruch des Herrn von Sonnenfels über schlechte Financiers: daß sie verächtliche Miethknechte der Tyrannei seien, welche gleich Jagdhunden dem Jäger das Wild aufbringen, um sich von dessen Eingeweiden zu sättigen, ritterlich in Schutz nehmen, wenn gleich nicht in Abrede zu stellen ist, daß gewisse Pluſmachereien allerdings vorkielen, wovon sich indeß kein Staat völlig frei erhalten kann. *)

*) Die Ueberzeugung, daß Plackereien vorkielen, leitete wahrscheinlich zu der Untersuchung der Verkäufe im Hilbesheimſchen. Die Acquirenten leisteten willig und gern den beſſerſtigen Anforderungen ein Genüge, und das Reſultat wird ſein, daß man erkennt, man habe durch ein gewaltiges Vergrößerungsglas geſehen.

Der Westphälische Staat wurde bekanntermaßen nicht gegründet auf Testament oder Vermählung oder auf Wahl, sonderu auf Usurpation und Eroberung zugleich, die nicht ungewöhnlichsten Entstehungsarten der Staaten. Eine wahrhafte Zustimmung oder freiwillige Unterwerfung des Volks hatte nicht Statt, vielmehr kam es auf dem unsanftesten Wege zu der neuen Regierung. Die politischen und bürgerlichen Pflichten wurden erfüllt aus Furcht, aus Noth, endlich aus Interesse, denn ohne die Auctorität einer Obrigkeit konnte das gemeine Wesen nicht aufrecht erhalten werden, sondern Alles mußte in Verfall gerathen, wenn nicht pünktlicher Gehorsam geleistet wurde. So weit waren die Westphalen sich gleich; die Constitution begriff Alle, Alle hatten den Huldigungseid geleistet. Auch in soweit war Gleichheit, als der Westphälische Staat von den größten Monarchen durch Worte, Sachen und Personen garantirt war. Nur völkerrechtlich hatte ein wesentlicher Unterschied zwischen dem constitutionellen und gesetzlichen Westphalen Staat, ein Unterschied, welcher in Beziehung auf das Fürstenthum Hildesheim, das zu dem gesetzlichen Westphalen gehörte, nicht immer practisch berücksichtigt wurde. Mit der allgemeinen Rechtslehre hatte dieser Unterschied, so lange der Staat bestand, nichts zu schaffen. Die Pflicht des Gehorsams der Unterthanen gegen die Obrigkeit ist so heilig und un-

verleghlich, daß es schon von vielen philosophischen Rechtslehrern für Unrecht gehalten wird, die Rechtmäßigkeit der gerade bestehenden Staatsgewalt im Herzen zu läugnen; weil dadurch die Wirksamkeit des willigen Gehorsam fordernden Gesetzes, wenn auch nur auf Augenblicke, geschwächt wird, oder geschwächt werden kann. Um deshalb wird das Verhältniß der Unterthanen zur Obrigkeit also dargestellt, als ob die Einsetzung dieser nicht von Menschen, sondern von einem höchsten, tadelssfreien Urheber herrühre, denn dies ist der Sinn des Sages: alle Obrigkeit ist von Gott! Wären Sicherheit, Freiheit, Eigenthum und Gerechtigkeit allenthalben und durchaus in Westphalen ein Traum gewesen, wäre die ganze Kraft der öffentlichen Gewalt auf eine Nothjagd der Unterthanen angewandt worden, so hätte sich der Glaube an eine göttliche Einsetzung bald in dem Aufhören der bürgerlichen Ordnung, in der Anarchie verlieren müssen. Da aber nur bei wenigen Individuen der Mangel an bürgerlicher Bildung sich zeigte, so mußte auch in Westphalen die Galeeren- und Arquebuser-Gerechtigkeit an die Stelle der alten Galgen- und Rad-Gerechtigkeit ein erhöhtes Staatsbedürfniß werden. — So die Lehre des allgemeinen Rechts.

König Jérôme gehörte seiner Zeit an. Er folgte nicht dem Taumel des Uebermuths, er erkannte und mußte andere Gesetze erkennen, als die

Forderungen ausschweifender Leidenschaften und Launen, sonst hätten alle unterdrückte Augen sich geöffnet, und alle Arme zur Rache sich aufgehoben. Dahin wäre es gekommen, aber es wäre dahin gekommen durch die Lasten und Abgaben, die von Jahre zu Jahre sich bis zum Unererschwinglichen vergrößerten, während die Erwerbsquellen in einem gräßliche Resultate bietenden Verhältnisse immer mehr und mehr schwanden und versiegten. Hier ist es, wo die oben erwähnten himmelschreienden Ungerechtigkeiten ihren erklärenden Grund haben.

Erstlich und ganz zuerst soll man bei Beurtheilung des Westphälischen Finanz-Zustandes erwägen, daß noch vor Anordnung einer provisorischen Regierung die Vestignahme der Domainen für das Französische Reich statt fand. Die verwaist daliegenden Provinzen waren einem großen Schlachtfelde zu vergleichen, auf welchem ein privilegirtes Freibeuter-Corps dem regulären Militäre voranschreitet, und diesem das Schlechtere zurückläßt. Die abgesandten Französischen Commissäre unterhandelten bei Ausmittelung des Ertrags mit völlig rathlosen Collegien. Diese muthmaßten neue Contributionen, schlugen die Einkünfte möglichst gering an, und schadenen, in bester Absicht ungeheuer. Durch die unerhörte und gewaltthätige Maßregel, daß ein fremder Staat sich den bedeutendsten Theil des Staatsver-

mögeas vindicirte, sind dem Königreiche für die Zeit des Bestehens, im mindesten 50 Millionen (!) Franken entrißen und der innern Circulation entzogen. Wären die Güter der Regierung verblieben, so würde auch wahrscheinlich von ihnen ein Theil veräußert worden sein; aber für die Frage hat der Verfasser keine Antwort: ob es ein Glück zu nennen sei, daß sie nicht zur Disposition der Regierung standen, also jenem Schicksale entgingen, und den resp. Provinzen nach der Befreiung Deutschlands wieder anheim fielen. Wunderbar sind die Fügungen des Himmels!

Neben dem baaren Verluste der zur Reserve des Kaisers gestellten Staatsgüter wollen wir nach dem allermäßigsten Anschlage den Verlust durch die gesperrte Ausfuhr des Garns, des ergiebigsten Erwerbszweigs für alle Provinzen, nur zu 18 Millionen jährlich bestimmen, und der ganze Verlust von 1806 bis zur Auflösung übersteigt die Summe von 120 Millionen Franken. Rechnet man dazu, daß jene unnennbare Zahl von kleinen Kanälen so gut wie verstopft war, auf welchen bei freiem Verkehr und Handel, Gewinn, Segen und Gedeihen kommt, — so wird eine Vorstellung möglich von den nicht darzustellenden Entbehrungen, welche alle gewerbtreibende Stände preßten. Zieht man ferner in Erwägung, daß das Finanzsystem auf Steuern gegründet sein mußte, denkt man sich, daß von 2 Millionen Menschen die eine

stets lediglich auf das Kapital ihrer Hände angewiesen ist: so gehört wahrlich neben einem Bißchen Arithmetik nicht viel Phantasie dazu, um die Angstseufzer, das Stöhnen und Wimmern dieser einen Million Wesen unserer Gattung in schauerhafte Erinnerung zu bringen! — War man doch auf dem Wege, durch die vielnahmigen und unfinnigen Steuern sowohl, als durch die Art der Beizreibung derselben, das ganze Vermögen des Volks in Staatsvermögen zu verwandeln! Allerdings waren die Mittel zum Staatszweck, die Sicherheit der Staatsglieder durch Gesetzgebung und Aufsicht u. s. w. kein verhöhrender Vorwand, aber es konnte doch nicht einmal daran gedacht werden, auf eine rechtliche und einigermaßen sichere Weise das Verhältniß zu bestimmen, nach welchem das Staatsvermögen, sein Bedarf, aus dem Vermögen des Volks gezogen werden sollte. Staats- wie Volksglück mußte, unter den bestehenden Verhältnissen eine Chimäre bleiben! Oder soll man erst nochmals daran erinnern, daß ein strenges Hausgesetz alle Französischen Prinzen mit all' ihrer Macht und Herrschaft an einen wilden Eroberer band? daß dessen eisernem Willen alles sich beugen mußte? daß die geringste Widerseßlichkeit den Zustand nur verschlimmern konnte und eine Einverleibung oder theilweise Sequestration, die auch gedrohet wurde, zur Folge haben mußte?! Des ist schon sagen: die Summe des Steuerer-

trages hängt von der Summe des Staatsbedarfs ab, und weder mehr noch weniger Aufwand darf gemacht werden, als zur Erhaltung und Bewahrung des Staatsvereins, zur Erreichung des Staatszwecks bestimmt und bedingt wird! Die übrigen Staaten des Rheinbundes litten durch die im Französischen Systeme liegenden Grundsätze in höherem oder mindern Grade, der Westphälische hatte dadurch das Verderben zu seiner Grundfeste, denn in ihm hatten endlich nur noch zwei Parteien Statt, der Unterdrücker, welcher begehrte, und der Unterdrückte, welcher seinen sauern Schweiß so lange opferte, bis er das Herz erlangte, zu verweigern. Eine consequente Folge des Sazes: die Ausgabe muß durch die Einnahme gedeckt sein! Die außerordentlichen Ausgaben, d. h. die Kriege- und andere Kosten würden für das gemeine Wesen noch weit verderblicher gewesen sein, wenn die Hofausgaben, Tafelgelder, Unterhaltung der Hofbedienten, der Leibwache, Kosten für Reisen und Vergnügungen u. s. w. nicht so groß waren. Durch diese wurde offenbar die Circulation des Geldes im Innern, und überhaupt ein gewisses Leben erhalten, obgleich die Summe von den ursprünglich bestimmten $1\frac{1}{2}$ Million Thalern nicht überschritten wurde. Eine weise Dekonomie und die Wirthschaft eines guten Hausvaters hätte auch diese Wohlthat vernichtet, und den großen General-Empfänger in Paris bereichert.

Wir sahen bis hierher die nicht zu heilende Krankheit des Westphälischen Staatskörpers; die statthabenden ungeheuern Mißbräuche in einem Umriss und im Großen. Dem Menschenhasser kann eine weitere Ausmählung erwünscht sein. Wem konnte es einfallen, die Wahrheit vor den Thron zu bringen, und die Rechte des Menschen und Bürgers zu vertheidigen? — So weit die Regierung konnte, hat sie zu helfen und die Leiden zu mildern gesucht, trotz der Mittelbarkeit des Staates, trotz des allen Wohlstand erschütternden Continental-Systems, und trotz der sturm bewegten Zeit, worin seine Existenz fallen mußte. Das Staatsschiffchen hatte vielleicht etwas zu große und kostbare Segel, und in Cassel ging's ein Wenig üppig und schwelgend; bedenkt man aber die Natur des Sterblichen, erwägt man, wie schwer es ist, den Besitz der Herrschaft über Menschen zu ertragen, wie schwer dies namentlich für einen jungen Mann ist, so wird es zwar keinem Deutschen jemals in den Sinn kommen, den Fremdling, der nichts von deutscher Sitte und Gemüthlichkeit hatte, mithin uns weder lieben, noch von uns geliebt werden konnte, zu erheben und zu preisen, aber in mehr als einer Rücksicht muß er unschuldig erscheinen. Die Regierung hat der Unordnung und Verwirrungen gesteuert; den bei der Auflösung des Königreichs allenthalben ausgesprochenen groben Betrügereien der höhern Finanz-Be-

hörden hat der Beweis ermangelt; wo Plackereien der untern Behörden entdeckt wurden, folgte schwere Ahndung. In der innern Staatsverwaltung ging alles seinen ruhigen Gang und noch im Jahre 1813 wurde das gewöhnliche Budget der Staatsausgaben angefertigt, und in dem vorhergehenden waren über 6 Millionen in Obligationen und Bons für rückständige Zinsen von den verschiedenen Zwangsgeldern aus der Circulation gebracht. Dem Ruine eilte der Staat nichts desto weniger entgegen, und selbst die grausame Reduction der alten Schuld auf $\frac{1}{3}$ gab kein Rettungsmittel. Aber es konnte doch die verdienstliche Finanzverwaltung des Grafen von Bülow in der dreijährigen Führung ein Deficit von 10 Millionen Franken zurücklassen und der eigentliche Nothstand trat später ein. Wären die Minister und Räte des Königs französische Kreaturen gewesen, so würden sie gestrebt haben, die 16 Millionen Franken rückständiger Contributionen so bald als möglich abzutragen, aber sie verzinseten das Capital, und schlossen dann eine Convention, nach welcher von 1812 an alljährlich ein Theil, und in 10 Jahren das Ganze abgetragen sein sollte. Auf diese Weise half und milderte die Regierung und mehr vermochte sie nicht.

Wegen der Lage des Königreichs, welche von Monat zu Monat schwieriger wurde, und um den so dringenden öffentlichen Bedürfnissen zu begeg-

nen, schritt die Regierung zu den Verkäufen der Güter der aufgehobenen Stifter und Klöster. So lagen denn die schönen Denkmäler edler Mildthätigkeit, welche an entfernte Zeitalter erinnerten, wo ein frommer Glaube durch Liebe und Barmherzigkeit den Himmel zu erwerben hoffte, auch hier, wie überall, vom Geiste der Zeit zertrümmert. Die Motive der Aufhebung und des Verkaufs wurden offen dargelegt, im Uebrigen aber aus Machtvollkommenheit gehandelt, denn es wurde weder gesagt, daß die Befugniß dazu von Preußen zugleich mit der Uebertragung des Fürstenthums an die Regierung gekommen sei, (nicht alle Provinzen und das geistliche Gut waren von Preußen!) noch wurde erwähnt, daß die Befugniß sich lediglich auf die erwähnten Güter erstreckte. Aber diejenigen Unterthanen, für welche jene Güter Gegenstände des Begehrens waren, dachten unbezweifelt an den zu machenden Unterschied und gingen reißlich darüber mit sich und ihren Consulanten zu Rathe. Man kann auch keinem der Käufer kleinliche Geldsucht und unwürdiges Bestreben nach dem Erwerbe jener Güter vorwerfen. Vernünftiger Weise konnte bei ihnen nicht irgend ein Zweifel an dem Rechte der Regierung zur Veräußerung aufsteigen, aber was sie bedenklich und schwierig machen konnte und mußte, war die stürmische Zeit selbst, die so oft am politischen Himmel aufsteigenden Donnerwetter. Wohl

verwahrt und sicher lag ihr Kapital in den Händen der Schuldner, vereinzelt in kleine Summen. Auf ein großes Gut verwandt loberte vielleicht die Kriegerfackel neben demselben auf, und der Ruin war gewiß. Die erdrückende Einquartierungslast, die landesväterliche Grundsteuer, die unzähligen Kriegerzufuhren, konnten sie beim Calcul außer Acht gelassen werden? Mancher heiße Augenblick, manche schwere Stunde mag diesen oder jenen Käufer geängstigt haben, oder sie waren leichtfertig und schlechte Rechner. Menschenliebe und christliche Wohlthätigkeit haben diejenigen unter ihnen zu üben Gelegenheit erhalten, welche die Güter aufgehobener Nonnen-Klöster erstanden, und sie haben sie geübt dadurch, daß sie den spärlich von der Regierung mit Pensionen Bedachten, eine besondere jährliche Unterstützung behuf der Hausmiethe aussetzten. Einige gingen noch weiter und verstanden sich gleichfalls freiwillig zu einem don gratuit für Kaffee und Zucker. Andere gaben patriotische Beiträge, als die Stunde der Erlösung schlug; die öffentlichen Blätter sind ihre Quittungen. Der Deutsche nimmt sich immer menschlich und brav. —

Sa, wirft man hier ein, die Herren hatten gut menschlich und freigebig sein! Der große Gewinn, den sie durch die Acquisition der Güter machten, verpflichtete sie wohl zur Dankbarkeit! Jede Tugend ist freiwillig, so auch die der Frei-

gebigkeit. Den großen Gewinn anlangend, so haben wir oben die Art gesehen, wie die Ausbietungspreise bestimmt wurden; wir haben gesehen, daß sie ihr Kapital wohl zu mehr, als 5 pCt. ausbrachten, daß aber das plus keinesweges enorm ist. Der Preis ist bekanntlich das öffentliche Urtheil über den Werth einer Sache im Verhältnisse zu der Menge dessen, was das allgemeine stellvertretende Mittel der Vertauschung ist. Um sich von der Seltenheit, mithin von dem hohen Werthe des Geldes einen Begriff machen zu können, muß man die völlig enormen Zinsen in Betracht ziehen, welche bei Ausleihung von Kapitalien bedungen und genommen wurden. Der Provisionen und Conventional-Strafen nicht zu gedenken, (denen sich aber doch der Anleiher unterwerfen mußte, wenn er einmal des Geldes bedurfte!) überschritten die bedungenen Zinsen fast durchgängig das sonst gesetzliche Maß, und die allgemeine Praxis darin gründete sich auf gesetzliche Vorschriften, die auch in der transitorischen Verordnung für das Hildesheimische §. 88. anerkannt worden sind. Nichts Ungewöhnliches war es, daß 8 bis 10 pCt., und einschließ- lich der Provisionen, Strafen u. 18 bis 20 pCt. gegeben und genommen wurden. Wenn nun die reichen Kapitalisten, statt ihr Geld auf den An- kauf der Güter zu verwenden, zu dem gesetzlichen und von der Noth gerechtfertigten Mittel griffen, welch' ungeheurer Gewinn stand ihnen zu Gebote!

Müssen solche und ähnliche Rücksichten nicht in die ernsthafteste Erwägung gezogen werden bei Beurtheilung der Käufe überhaupt? oder kann vielmehr überall noch die Rede davon sein, daß der für die Güter erlegte Preis deren Werthe gar nicht angemessen gewesen sei? Wahrlich eben so wenig, als bei der großen Beliebtheit des Geldes wegen seiner Seltenheit, auf einen Affectionspreis gerechnet werden konnte!

Es hatten überall in Westphalen und auch im Hildesheimischen Verkäufe von Grundstücken Statt, welche Privat-Personen gehörten; man frage nach, ob in Rücksicht des öffentlichen Urtheils über den Werth ein besonderer Unterschied war. Könnte man die Käufer der vormals geistlichen Güter als Darleiher betrachten, so würde natürlich bloß die Menge des Geldes in Betracht kommen, welches gegeben wurde, nicht auch die damaligen Preise der Sachen, denn diese wurden nicht durch das Darlehn bestimmt. Aber zur Ausmittlung des Preises, der für die Güter erlegt wurde, gehört nothwendig, daß selbst die theilweise Zahlung in Obligationen und Bons nicht nach dem Course dieser (durch ihre Zulassung stiegen sie ohnehin verständig, und es hatte das Ansehen, als würde der Nennwerth erreicht werden!) sondern als volle und in klingender Münze geleistete Zahlung angesehen wird. Freilich mochte die Zulässigkeit des Papiers den Reiz zum Kaufe vermehren, jedoch wird wieder

die Vergleichung des Preises der beim Ankaufe von Privat-Grundstücken erlegt zu werden pflegte, mit dem, welcher für die Kloster- und Stifts-Güter entrichtet wurde, ergeben, daß die Käufer der Letztern mit wenig geringerem Vortheile ihr Kapital auf die Acquisition der Erstern hätten verwenden können. Und keine Staatsgewalt darf dem Unterthan seine Freiheit, sein Recht beschränken, sich Eigenthum zu erwerben, vielmehr hat sie die Verpflichtung auf sich, ihm in Vermehrung seiner physischen und moralischen Kräfte alle mögliche Erleichterung zu verschaffen. Sollen vollends Regierungsveränderungen, die in jüngster Zeit so sehr an der Tagesordnung waren und noch sind, auf die Privat-Verhältnisse einwirken, indem sie andere Maximen mitbringen, so muß der arme Bürger beständig an dem Abgrunde eines Felsen stehen, den kein Lichtstrahl sichtbar werden läßt. Der König von Preußen hatte unter dem 24. Juli 1807 von den Unterthanen der abgetretenen Provinzen Abschied genommen; „ich entlasse euch aller Unterthanenpflicht gegen mich und mein Haus; unsere heißesten Wünsche begleiten euch zu eurem neuen Landesherrn, seid ihm, was ihr mir waret“ lauteten die Worte des guten Königs. Hatten die Einwohner des Hildesheimischen Hoffnungen, daß ihren Leiden ein endliches Ziel in der Befreiung Deutschlands gesteckt werden würde, so mußten ihre Vermuthungen in Rücksicht des neuen Landes-

herrn auf Preußens König fallen, und kehrten sie dahin zurück, so standen die Käufer der vormalß geistlichen Güter, mit denen in den Provinzen Halberstadt und Magdeburg auf ein und derselben Stufe. Das Loos fiel anders, aber ein Präjudiz für die Käufer kann nie und nimmer daraus erwachsen.

Einige Beurtheiler der in Frage gebrachten Angelegenheit finden sich in dem Gesagten beruhiget, legen aber ein großes Gewicht darauf, daß die Westphälische Regierung zu den Verkäufen ohne Zustimmung der Stände schritt. War der Verkauf nicht eine bedeutende Finanz-Operation, und schrieb der Art. 35. des Constitutions-Gesetzes nicht deutlich vor, daß die Stände über die Auflagen und das jährliche Finanz-Gesetz berathschlagen sollten? Wenn also auch die Westphälische Regierung in den sine praejudicio uniuscujusque tertii abgetretenen Provinzen ein freies Dispositions-Recht über das geistliche Gut hatte, hat sie nicht selbst ihr unbestrittenes Recht restringirt und limitirt? Wir haben aber gesehen, daß trotz des Widerspruchs der Stände neue Auflagen dekretirt wurden, wohin konnten die Stände ihren Recurs nehmen? wohin sollen sich die Unterthanen mit ihren Reclamationen wenden? Das Reichsgericht hatte mit dem alten Staatsrechte aufgehört; ein Bundesgericht für die Staaten des Rheinbundes war nicht vorhanden. Sie konnten sich an den

Kaiser wenden. Aber der wollte ja von gar keinem staatsrechtlichen Zustande im Rheinbunde wissen. Doch wir sehen den Fall, Jérôme habe keine Minister voll Gewandtheit und Energie besessen; er sei ohne einen Staatsrath gewesen, der aus den gewiegtesten Männern bestand; wir nehmen an, die Stände hätten das unbeschränkte Recht zu widersprechen gehabt und ausgeübt; ja wir räumen ihnen sogar ein, daß sie, wie ehemals die Stände der Provinzen Provence, Languedoc und Bourgogne dem König zur Bestreitung außerordentlicher Ausgaben ein don gratuit hätten bewilligen können — und fragen nun: wohin würden die Berathschlagungen der Stände des Königreichs ausgefallen sein, wenn ihnen die Frage vorgelegt worden wäre: sollen die Güter der aufgehobenen Klöster und Stifter veräußert werden oder nicht? Kein Zweifel, ja nicht einmal ein Schatten von Zweifel, daß nicht bloß die siebenzig Grundeigenthümer, sondern alle Stände einstimmig beschlossen hätten: man solle dem Könige zur Erleichterung des Nothstandes, zur Stillung von vielen Millionen Thränen, die ohne die Veräußerung mehr fließen würden, alles vormals geistliche Gut überlassen und ihn ersuchen, so schnell wie möglich zum Verkaufe schreiten zu lassen, den Erlös den so dringenden öffentlichen Bedürfnissen widmen. Also und nicht anders würde der Beschluß der Stände ausgefallen sein. Ihre Klug-

heit, ihr Interesse, ihr Herz ließ keinen andern erwarten. Zweckmäßige Vertheilung des Eigenthums unter die Bürger, Beförderung des Verkehrs, Vermehrung des National-Glücks (unter andern äußern und innern Verhältnissen große Rücksichten!) wären bei ihren Berathungen nicht in Erwägung gekommen; die Noth war es, die Sorge, daß die Regierung ohne diese Aufhülfe, etwas fordern würde, was sie nicht fordern konnte, das Unmögliche, daß dann im aufrührerischen Tumulte der Rest des Eigenthums der übrigen Unterthanen und der rechtliche Zustand überhaupt bedrohet werden würde, diese Rücksichten waren es, welche sie genommen hätten, welche sie hätten nehmen müssen. D könnte man den Verfasser doch hier einer Uebertreibung oder irrigen Darstellung beschuldigen! War denn der Verlust des Wohlstandes aller Unterthanen dadurch nicht genug gedrohet, daß ein großer Theil derselben bereits auf den Bettelstab reducirt war? Wie lange konnte es noch währen, daß der Landmann von der Bebauung des Ackers abstand? Dies hätte er unverzüglich gethan, wenn der Theil des Kapitals, welcher in Ackergeräthen und im Viehe bestand, füglich anders hätte verwandt werden können. Der Acker selbst war von Schulden überlastet und konnte dem Creditor sammt der starken Grundsteuer überlassen werden. Oder geschah es bloß in unserer Provinz, daß der Morgen Acker,

der noch 1806 mit 180 bis 200 Thlr. und darüber bezahlt wurde, im Jahre 1812 häufig auf 35 bis 40 Thlr. bei Versteigerungen weggeschlagen wurde? Ach! es ist ein kurzer Satz, der alle Pflichten der Regierung enthält: das Heil der Unterthanen ist das höchste Gesetz!

Die Westphälische Regierung verkaufte für fast 15 Mill. Franken geistliches Gut. Den Unterthanen wurden dadurch mindestens 20 Mill. erhalten. Denn um 15 Mill. durch Steuern zu bekommen, müssen 20 Mill. genommen werden, da es ein alter und wahrer Satz ist, daß Steuern das Doppelte kosten, um das Einfache aufzubringen. So lange das Königreich bestand, existirte kein Fürstenthum Hildesheim. Das, was vormals Hildesheimisch hieß, lag in mehrere Distrikte vertheilt, ja es reichte in verschiedene Departements, und war ganz in die Masse des Staates verschmolzen. Aber nennen darf man doch, wieviel daselbst von vormals geistlichen Gütern veräußert worden ist. Im Magdeburgischen, Halberstädtischen, auf dem Eichsfelde und im Paderbornschen wurden überhaupt 22 Güter verkauft, im Hildesheimischen allein 12. Das Opfer, welches hier dem allgemeinen Besten gebracht wurde, machte mehr als die Hälfte des allgemeinen Opfers aus, da im ganzen Königreiche überhaupt 34 Güter der Qua-

lität in Verkehr kamen. *) Als daher die Gefänge und Gebete in den Klöstern und Stiftern aufhörten, hatten die Unterthanen (ohne Unterschied ob Braunschweiger, Hessen oder Hannoveraner, ob constitutionelle oder gesetzliche Westphalen!) große Ursache die Gebete und Gefänge fortzusetzen, dem Himmel zu danken für die große Erleichterung die Allen zu Gute kam.

Der schwerste Theil einer schweren Zeit war noch zurück, und wohl dem armen Unterthan, daß er nicht schon völlig erschöpft war. Die Lage des wahren Sammers und Kummers kündigten sich in der ersten Hälfte des Jahres 1812 in dem Dekrete einer außerordentlichen Steuer an. Das Jahr 1813 brachte erdrückende Lasten. Magdeburg, obgleich zur Französischen Festung erklärt, wurde in seinen Werken von Arbeitern, die Westphalen bezahlte, und mit Material, das Westpha-

*) Das Westphälische Gouvernement legte einen besonders hohen Werth auf das Hildesheimische, hauptsächlich der großen geistlichen Güter wegen. Als im Jahre 1811 häufig von Staatsbankerotten gesprochen wurde, blickte das Gouvernement trostreich nach Hildesheim. Der damalige General-Studien-Director versicherte den als Schriftsteller bekannten Dr. Wehnert, als dieser über den bedenklichen Zustand der Finanzen des Königreichs freimüthige Aeußerungen sich erlaubte: daß das ganze Stift Hildesheim noch zur Deckung des Deficits veräußert werden könne. Die Hälfte der Güter war damals schon verschwunden, und für mehr als 3 Mill. Franken war nicht mehr disponibel. Auch in andern Circeln hörte damals der Verf. mit dankbarer Behaglichkeit Hildesheim nennen.

len lieferte, erweitert. Westphalen mußte die Verpflegung von 10,000 Mann übernehmen, und ein für diese Anzahl ausreichendes Hospital errichten. Ueberdies mußte Westphalen in einer Reihe 18 andere Spitäler errichten und unterhalten. Außer den bedeutenden, nicht abreißen den Lieferungen von Getraide, Schlachtvieh, Pferden u. s. w. u. s. w. mußten 16,000 Mann Truppen ganz neu aufgestellt werden. Es überstieg der außerordentliche Aufwand des einzigen Jahres sicher die Summe von 20 Millionen Franken. — Dann war aber das Maß der Leiden, welches der Himmel verhängt hatte, voll; die Stunde der Erlösung hatte geschlagen — die Errettung kam. Daß aber der tosende Sturm, welcher Wohlstand, Leben und Gedeihen, gleich einem offenen Grabe, zu verschlingen drohete, das bestehende Finanz- und Administrations-System nicht völlig über den Haufen warf, daß nicht Gesetzlosigkeit und freche Willkühr an seine Stelle trat, das sollen wir der Regierung, als ein Verdienst, anrechnen, so wie es überhaupt als Segen der Vorsehung zu betrachten ist, daß in der beispiellosen und außerordentlichen Zeit Männer zur Stelle waren, deren jugendlicher Geist sich schnell in neue und ungewohnte Formen fand, die sich stark fühlten in raschen Entschlüssen und zu großen Anstrengungen.

Der Verfasser dieser kleinen Schrift hat sich in größeren politischen Schriften als Hasser der

Usurpation und namentlich der Westphälischen Herrschaft dargestellt; wer ihn kennt, wird ihm das Zeugniß nicht versagen, daß er, im consequenten Widerwillen, obgleich hülfsbedürftig, unter Westphälischer Regierung keine Anstellung gesucht hat, aber der Wahrheit huldigt er, ohne Rücksicht auf Vortheil oder Nachtheil. Und das thun wir eigentlich Alle; wenn nicht öffentlich, doch im Stillen. Wer zum feilen Schmeichler herabsinkt, verdient Verachtung.

Die Westphälische Regierung hob die geistlichen Stifter und die Klöster auf, sie verkaufte die Güter. Wir haben gesehen, daß dem gemeinen Besten der größte Vortheil daraus erwuchs. Die Stiftungen, welche dem Unterrichte ausschließlich bestimmt waren, so wie die beträchtlichen Foundationen zu milden Zwecken, blieben unangetastet. Die Regierung nahm das Vermögen der Zünfte und Innungen, sie nahm aber auch die darauf haftenden Schulden auf sich, und trug dieselben sogar hier und da ab; auch blieben die Sterbekassen, als Privat-Vermögen der Zunftglieder, verschont. In dem Budget fand sich eine Ausgabe von 900,000 Franken jährlich für die Universitäten und übrigen Unterrichtsanstalten, wofür Jérôme auf seinen Reisen durch Göttingen Vater des Vaterlandes genannt wurde, wodurch aber auch den Bestimmungen des 35. §. des Deputations-Recesses, daß die Güter der Klöster und Stifter

zum Behufe der Unterrichts- und anderer gemeinnütziger Anstalten zugleich dienen sollten, unabsichtlich wunderbar ein Genüge geleistet wurde. Ist von gemeinnütziger Verwendung die Rede, so können auch die Millionen genannt werden, welche auf Heerstraßen verwandt wurden. Die Regierung schien schon auf die trefflichen Hannoverischen Verordnungen, die Theilungen der Gemeinheiten betreffend, wohlthätige Rücksicht zu nehmen, denn sie veranstaltete, daß in den ruhigen Jahren 1810 und 1811 über 140,000 Morgen Gemeindegut getheilt wurde. Doch wir segnen das Geschick, welches uns von fremden Einrichtungen, Sitten, Erziehungsarten und Gesetzen sammt dem Herrscher befreiet, der uns ewig ein Fremdling hätte bleiben müssen. Darüber vergessen wir aber nicht, zu bekennen, daß es kein Verstand ist, wenn man im Hafen der Ruhe und beim Beginnen einer glücklichen Zukunft den Steuermann um desßhalb verdammt, weil er auf offener See vom verschlingenden Sturme ereilt, zur Rettung des Schiffs Ballast und Gut über Bord warf.

Nach diesen Voraussetzungen, und nachdem wir vorn gesehen haben, daß die moralische Ordnung, welche durch Gerechtigkeit basirt ist, gestört und gekränkt werden würde, wenn die Statt gehalten Verkäufe annullirt würden; betrachten wir noch kurz die nächsten politischen Folgen, welche der Widerruf bei sich führen würde. Ganz zu-

vörderst springt die Heiligkeit geschlossener Verträge in die Augen, sowohl die des einen Staats mit dem andern, als die des Unterthans mit der Regierung. Darf ich meine Zusage brechen, so dürfen es alle Menschen thun. Was Alle thun dürfen, das muß auch von Allen gebilligt werden können. Aber eine Welt kann nicht bestehen, wo alle Menschen ihre Zusagen, ihre Verträge brechen. Frankreich lehrte sich über Verträge wegsetzen; Frankreichs Gesetze brachten Mißtrauen; zehnfache Urkunden und Siegel gaben keine Sicherheit. Deutsche Redlichkeit soll über die unzähligen Förmlichkeiten der Contracte lachen, aber sie selbst respectiren.

Weiter. Der Widerruf der Käufe und die Erstattung des für die Güter erlegten Preises würde ein bedeutendes Kapital fordern, welches der Mann im Monde nicht herbeischafft, sondern aus den Beuteln der Unterthanen endlich fließen muß. Der Unterthan, wie staatsklug man die Sache auch angreifen möchte, würde mit neuen Lasten belegt werden müssen, und der Unterthan will kaum unter den alten Abgaben, aber bei freiem Verkehre und andern Vortheilen, frei Athem zu schöpfen anfangen. Zudem, und das muß hier bemerkt werden, kann die Vermehrung der Domainen an und für sich kein kammeralistischer Grundsatz sein, indem der Staat seine Güter nie so hoch benutzen kann, als Privat-Personen, und mithin an Bevöl-

ferung und Einkünften verliert. *) Es gewinnt allerdings den Schein, als habe die Regierung den aufgestellten Grundsatz anerkannt, indem dieselbe in den §§ 109 und 110 der transitorischen Verordnung für das Fürstenthum vom 14. April 1815, den Inhabern der Lehne, die Modification dieser unter den in Westphälischen Gesetzen festgesetzten Bedingungen, mit einer präclusivischen Frist von 3 Monaten, zur Einreichung des erforderlichen Gesuchs, fernerhin gestattete. Bekanntlicher Weise entstehen Domainen auch durch Heimfall. Die Westphälische Regierung hatte durch ein Decret vom 28. März 1809 die Modification gegen

*) Der Stiftsfond wurde einer besondern Verwaltung unterworfen, und bestand bisher für sich. Der jährliche Betrag übersteigt die Summe von 160,000 Thalern, welche zur Leistung der Pensionen, die zudem von Jahre zu Jahre schwinden, vollkommen ausreicht. Die Regierung scheint die Einkünfte für die Zukunft auf gemeinnützige Zwecke verwenden zu wollen, und hat dies dadurch angedeutet, daß sie bereits gegen 30,000 Thaler zur Verbesserung der Pfarr- und Schulstellen 2c. angewiesen hat. Das geistliche Gut ist völlig disponibel, unbeschadet der Pensionen für die Geistlichkeit, welche kraft des Recesses hinsichtlich ihrer lebenslänglichen Sustentation ein privilegiertes Unterpfand auf die Landeseinkünfte hat. Würde die Verwaltung des Stiftsguts mit der der Domainen, deren jährlicher Ertrag höher, als der des Stiftsfonds ist (welcher, beiläufig gesagt, für ein Land von nicht 120,000 Einwohnern etwas sagen will), vereinigt, so würden beträchtliche Verwaltungskosten erspart, und hätten, wie es bereits der Fall gewesen, Häuser des ehemaligen geistlichen Gutes nicht veräußert zu werden brauchen.

Erlegung eines spottwohlfeilen Ablösungs-Quanti gestattet, und weitere Conjecturen gehören nicht hierher.

Das Angeführte läßt schon auf die Wünsche der Unterthanen in der zur Erörterung gebrachten Angelegenheit schließen. Die Klöster und Stifter sind einmal verschwunden. Die deutsche politische Wichtigkeit und der Zeitgeist wird sobald keine neue Denkmäler des allgemeinen Patriotismus oder des frommen Glaubens errichten. Da an Wiederherstellung der alten nicht zu denken ist, so hat auch die ärmere Volksklasse hier nichts zu wünschen. Was aber eine höchst wahrscheinliche und unmittelbare Folge der denkbaren Annullirung der Käufe sein dürfte, ist, daß die gekränkten, größtentheils auswärtigen, Käufer, das Fürstenthum verlassen, und da möchte die Ueberredung schwer sein, daß es nur Lumpen seien, die auswanderten, daß das Land dabei nicht verliere.

Einige derselben, worunter der vormalige Justiz-Minister, verließen Deutschland nach der Auflösung des Königreichs. In Rücksicht dieser ist der Verf. des Glaubens, daß die Regierung nach Regeln der Weisheit im Geleise der Pflicht bleibt, wenn sie das erweisliche Kauf-Preitium erstattet. Sie können das gemeine Wesen nicht als den mütterlichen Schooß, oder das Land nicht als den väterlichen Boden, aus und auf dem sie selbst entsprungen, betrachten. Hier liegen wahrscheinlich

die besondern, dem gemeinen Wesen verderblichen, Zwecke, deren die Deklaration erwähnt. Aber es wird den Wünschen jener Käufer begegnet werden, und *volenti non fit injuria*. Ueberdies tritt hier ein höheres politisches Princip ein. Zuversicht und Liebe zum allgemeinen deutschen Vaterlande gewinnen, wenn solche Erinnerungen an fremdes Joch verwischt werden, und so müssen die Forderungen des strengen Rechts schweigen.

Was endlich die mit den vormaligen Klöstern und Stiftsgütern verbunden gewesenen Rechte und Privilegien betrifft (Stimmen auf Landtagen, Patrimonial-Gerichtsbarkeit u.) so versteht es sich von selbst, daß die resp. Käufer diese Rechte niemals in Anspruch nehmen können, denn sie kauften nicht exemte Güter und deren Vorrechte, sondern lastbaren Grund und Boden.

Schließlich müssen wir Vertrauen fassen. Eine Regierung, die auf dem Princip des Wohlwollens gegen das Volk fußt, hat das Wohlwollen des Vaters gegen die Kinder. Wo diese richtig unterschieden, was ihnen nützlich ist, da bleibt der Vater passiv.

